

## **Antrag**

### **der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **Für die Verurteilung des Systems der Laogai-Lager in China**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eines der berüchtigtsten Unterdrückungsinstrumente eines totalitären Staates gegen seine eigene Bevölkerung in der Geschichte war das sowjetische „Gulag“-System von Straf- und Verbannungslagern, welches in der Stalinzeit seinen schrecklichen Höhepunkt erreichte. Im Westen erlangten die Gräueltaten, die in diesen Lagern begangen wurden, insbesondere durch das Werk „Der Archipel Gulag“ des Literatur-Nobelpreisträgers Alexander Solschenizyn Bekanntheit.

Während das sowjetische Gulag-System der Vergangenheit angehört, besteht in der Volksrepublik China ein ähnliches Unterdrückungsinstrument fort. Dort werden politische Dissidenten ebenso mit dem so genannten Laogai-System drangsaliert wie Menschen, die wegen allgemeiner, nicht selten auch kleiner Delikte verurteilt sind. Betroffen sind aber auch Angehörige ethnischer Minderheiten wie Tibeter, Mongolen und Uiguren sowie Angehörige religiöser Minderheiten, insbesondere auch Falun-Gong-Anhänger. In über 1 000 Gefängnissen, Arbeitslagern und angeblichen psychiatrischen Kliniken, die ihren Ursprung in der Mao-Zeit haben, werden Andersdenkende ohne rechtsstaatliches Verfahren inhaftiert und „politisch umerzogen“. Die Zahl der Inhaftierten beträgt nach offiziellen Angaben 200 000. Nichtregierungsorganisationen gehen jedoch von einer weit höheren Zahl aus.

Neben politischer Gehirnwäsche werden die Gefangenen zu harter unentgeltlicher Arbeit gezwungen, bis zu 16 Stunden täglich, 7 Tage die Woche, bei nur 3 bis 4 Feiertagen im Jahr. Die Arbeit wird von den Häftlingen, zu denen auch Minderjährige zählen, in Fabriken, Landwirtschaftsbetrieben und Minen verrichtet. Neben dem Verstoß gegen das Verbot der Zwangsarbeit kommt es dabei auch systematisch zum Verstoß gegen das Verbot der Kinderarbeit. Die Haft- und Arbeitsbedingungen sind dramatisch. Häftlinge werden zum Umgang mit toxischen Chemikalien ohne Schutzbekleidung oder zur Arbeit in mit Asbest verseuchten Minen gezwungen, in denen die Sicherheitsvorkehrungen unzureichend sind. In den Lagern existiert keinerlei Arbeitsschutz.

Die Häftlinge werden auf unterschiedlichste Art gefoltert. Ihr Tod infolge von Unterernährung, Überarbeitung, Erschöpfung und Folter wird billigend in Kauf genommen. Zudem herrscht eine hohe Selbstmordrate unter den Häftlingen.

Zahlreiche im Ausland lebende ehemalige Laogai-Häftlinge versuchen immer wieder, im Westen über die Zustände in diesen Lagern aufzuklären (z. B. Laogai Research Foundation). Auch der UN-Sonderberichterstatter gegen Folter, Prof. Manfred Nowak, wies nach seiner China-Reise in einem Bericht vom Dezember

2005 auf die menschenunwürdigen Haftbedingungen in chinesischen Laogai-Lagern hin.

Die in den Laogai-Lagern begangenen Repressalien sind so gut dokumentiert, dass der US-Kongress am 16. Dezember 2005 mit 413 zu 1 Stimmen eine Resolution (H. Con. Res. 294) verabschiedete, die die unmenschlichen Lagerzustände verurteilt. Auch wenn Deutschland an konstruktiven Beziehungen mit der Volksrepublik China interessiert ist, darf die Bundesregierung zu den Zuständen in den Laogai-Lagern nicht schweigen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. die Zustände in den Laogai-Lagern weiterhin zu verurteilen, die Volksrepublik China zur Schließung der Einrichtungen aufzufordern und das Laogai-System im Rahmen des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs sowie des EU-China-Menschenrechtsdialogs weiterhin zur Sprache zu bringen;
2. die Regierung der Volksrepublik China weiterhin um die Freigabe von Informationen über das Laogai-System zu ersuchen, einschließlich der exakten Zahl der Lager, deren genauer Lage und der Zahl der dort inhaftierten Personen;
3. die Regierung der Volksrepublik China um Informationen über die in den Laogai-Lagern hergestellten Produkte, die zugehörigen Produktbezeichnungen sowie über deren Exportländer zu ersuchen;
4. in Zusammenarbeit mit geeigneten Multiplikatoren (beispielsweise den Auslandshandelskammern) deutsche Unternehmen, die in China tätig sind, auf die Möglichkeit hinzuweisen, dass sie mit chinesischen Geschäftspartnern zusammenarbeiten, hinter denen sich Laogai-Einrichtungen verbergen;
5. sich auf EU-Ebene in Zusammenarbeit mit geeigneten Einrichtungen der Privatwirtschaft für die Schaffung eines freiwilligen Gütesiegels für jene chinesischen Produkte einzusetzen, welche keine in Laogai-Lagern hergestellten Komponenten enthalten, und auch im Rahmen des Global Compact für ein Vorgehen gegen die Verbreitung von in Laogai-Lagern hergestellten Produkten einzutreten;
6. die Regierung der Volksrepublik China weiterhin um die Freigabe von Informationen über die Zahl der Todesfälle in den Laogai-Lagern zu ersuchen;
7. die Regierung der Volksrepublik China weiterhin dazu zu drängen, uneingeschränkt Besuche der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, der UN-Sonderberichterstatter und von Mitarbeitern des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in allen Laogai-Lagern zuzulassen;
8. im UN-Menschenrechtsrat darauf hinzuwirken, dass die Problematik der chinesischen Laogai-Lager in diesem Gremium umfassend thematisiert wird.

Berlin, den 7. März 2007

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion**  
**Dr. Peter Struck und Fraktion**  
**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**  
**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**